BA VII 395

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

BA VII 395

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

1

Der Oberbürgermeister Frankfurt/Oder, 19.1.48.

Herrn

Stadtrat Gorsky

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt findet

am Donnerstag, den 22.1.48, 8 Uhr

im Rathaus statt.

Der Oberbürgermeister

Stadt Frankfurt

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

14415 2

22. Jan. 1948.

Der Oberbürgermeister Der
Hauptverwaltung - Abteilung I.
Frankfurt/Oder

Gemäss Beschluss des Rates der Stadt vom 22.1.48, bitte ich um erneute Bekanntgabe des Beschlusses des Rates der Stadt vom 13.10.47:

"Für Dienstreisen werden die Kosten erstattet, die belegt werden. Erfolgt keine Belegung, so wird ein Tagessatz von RM. 8.- für Verpflegung und RM. 4.- für Übernachtung festgesetzt. Dies gilt für alle Dienststellen und die der Stadt angeschlossenen Betriebe. Bei Liquidation ist der Grund der Reise anzugeben. Jede Dienstreise muss vom zuständigen Stadtrat genehmigt werden."

Den Kraftfahrern bitte ich vom Beschluss des Rates der Stadt vom 22.1.48 Kenntnis zu geben:

"Der Beschluss des Rates der Stadt vom 13.2.48 wird dahin abgeändert, dass den Kraftfahrern der Pkws., wenn sie länger als 8 Stunden ausserhalb des Stadtkreises Frankfurt/Oder zu tun haben, ein Tageszehrgeld von RM. 5.- zu zahlen ist. Hinzu kommt evtl. Übernachtungsgeld. Sofern dieser Betrag nicht ausreicht, muss die ganze Summe belegt werden. Die Beträge können laufend erstattet werden."

Ich bitte um entsprechende Veranlassung.

Der Oberbürgermeister

2

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395
STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

22. Jan . 1948.

Der Oberbürgermeister Herrn
Stadtrat Schlüter
Frankfurt/Oder

16

Beschluss des Rates der Stadt vom 22.1.48:
In den eingemeindeten Orten soll eine ausreichende Wasserversorgung durchgeführt werden. Wenn es nicht möglich ist, die Ortschaften an das Wassernetz von Frankfurt/Oder anzuschliessen, soll das Wasserwerk eine entsprechende Anzahl von Brunnen erstellen. Alle Nutzniesser, die keinen eigenen Brunnen haben, sind verpflichtet, Wassergeld zu zahlen.
Das Wasserwerk wird beauftragt, entsprechende Vorlage über Erstellung der Brunnen dem Rat der Stadt vorzulegen.
Die in Frankfurt/Oder vorhandenen öffentlichen nicht benutzten Brunnen können vom Wasserwerk für diese Zwecke abgebaut werden.
Das Wasserwerk soll sich mit den Bezirksvorstehern über die Einrichtung der Brunnen in Verbindung setzen.

Der Oberbürgermeister

Durchschrift
für das Wasserwerk beigefügt.

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395
STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

3

22. Jan.1948.

17

Der Oberbürgermeister

Dem
Finanzamt-Kommunale Wirtschaft

Frankfurt/Oder

In der Anlage gebe ich die Vereinbarung zwischen Stadtverwaltung und Herrn Stadtrat Schulze zurück.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 22.1.48 der Vereinbarung zugestimmt mit der Massgabem dass es unter 1) heissen soll:

"stellt der Stadtverwaltung für dienstliche Fahrten.... zur Verfügung."

Ich bitte um Veranlassung.

3 Bl.Anlagen.

Der Oberbürgermeister

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

P r o t o k o l l

der 48. Sitzung des Rates der Stadt am 22.1.48, 8 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Wegener, Bürgermeister Jontsch, die Stadträte: Schlüter, Kant, Goraky, J.Schulze, Marx, Dr. Jenner, Müllmann, Senkowski, Riesenberg, Peschke, Herr Martin.

1.) Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und weist auf das 50-jährige Jubiläum des FDGB. hin. Der Rat der Stadt wird einen Blumenkorb überreichen.

2.) a) Stv. Der antifaschistische Block soll ersucht werden, die Feier des 10. März durchzuführen. Die Stadtverwaltung übernimmt die Kosten bis zu einem Höchstbetrage von RM 5000,--.

b) Das Grab des ehemaligen Studenten A.Z o h n e, der später Prorektor der hiesigen Oberschule und Stadtverordneten-Vorsteher war und 1848 auf der Barrikade vor dem Kölln'schen Rathaus in Berlin mitgekämpft hat, soll bis 10.3.48 instandgesetzt werden.
Es soll weiter festgestellt werden, ob das Grab des Karl Zeitner, Bäcker, Obermeister und unbesoldeter Stadtrat, der gleichfalls auf der Barrikade in Berlin gestanden hat, noch vorhanden ist, gegebenenfalls soll auch dieses Grab instandgesetzt und geschmückt werden.
Ferner soll festgestellt werden, ob der frühere Aktuarius Gennitz auf dem Alten Friedhof beigesetzt und dessen Grab noch vorhanden ist, auch dieses soll, wenn noch vorhanden instandgesetzt und geschmückt werden.

3.) Stv. Der Stadtverordnetenversammlung soll vorgeschlagen werden, den kleinen Wilhelmsplatz" in " Zehme-Platz" umzubenennen. Das Liegenschaftsamt wird beauftragt, eine Neunummerierung der Häuser am Zehme-Platz vorzunehmen.

4.) Der Rat der Stadt ist damit einverstanden, daß das Haus Halbe-Stadt 23, das zurzeit von der Landeskreditbank benutzt wird, nach Freiwerden der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Verfügung gestellt wird. Diese soll sich mit der Abteilung Liegenschaftsamt beim Finanzamt zwecks Mietung in Verbindung setzen.

5.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Herrn Dr.Unterstinger zu verhandeln und die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu veranlassen, konkrete Vorschläge zu machen über die Mittel, die benötigt werden.

6.) Der Rat der Stadt beschließt, daß die Abteilungen, die bis jetzt Sonnabend nach Dienstschluß ihre Telefonapparate besetzt hielten, dies in Zukunft nicht mehr zu tun brauchen. Die Telefonzentrale ist verpflichtet, die Gespräche anzunehmen und an den betreffenden Stadtrat oder Abteilungsleiter weiterzugeben.

7.) Der Rat der Stadt nimmt von der Kartenvorverkaufsmöglichkeit für Kinokarten im Verkehrsverein Kenntnis.

8.) Von der Denkschrift des Betriebsrats des Stadttheaters vom 13.1.48 ist dem Rat der Stadt Kenntnis gegeben worden.
Das Volksbildungsamt wird ersucht, die eingehenden Bewerbungen für den Intendantenposten schleunigst einer Prüfung zu unterziehen und die geeigneten Bewerber nach hier zu laden, um ihnen Kenntnis von unserem Theater zu geben und mit ihnen zu verhandeln.
Dem nicht geeigneten Personal des Theaters, deren Verträge zum 1.4.48 ablaufen, soll bis zum 31.1.48 die Kündigung zugestellt werden.

9.) Der Antrag der Industrie- und Handelskammer vom 16.1.48 betr. Aufstellung einer Ent- und Beladekolonne für die angeschlossenen Firmen bei der Industrie- und Hafenbahn wird abgelehnt.
Der Industrie- und Hafenbahn soll mitgeteilt werden, daß es nicht Sache der Stadt ist, eine derartige Kolonne aufzustellen, sondern

der

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395
STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

der beteiligten Firmen. Die Industrie- und Hafenbahn soll evtl. mit der Gefängnisverwaltung Rücksprache nehmen, daß für diese Zwecke eine Kolonne angefordert wird. Die Aufsicht müßte jedoch die Industrie- und Hafenbahn stellen.

10.) Von der Prüfung der Bürokasse des Statistischen Amtes und des Stadtgutes Nuhnen wird Kenntnis genommen.

11.) Von der Prüfung der Auszahlungen der Barunterstützungen beim Sozialamt am 22.12.47 hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen. Diese Prüfung soll
Stv. der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

12.) Den Antrag der Abteilung Wirtschaft betr. Industrie- und Hafenbahn vom
Stv. 21.1.48 wird zugestimmt.

13.) Der Rat der Stadt ist mit der Einrichtung einer "Brennholzstelle" einverstanden, auch mit dem vorgelegten Vertrag.

14.) Der Beschluß des Rates der Stadt vom 13.10.47 Nr. 12 betr. Kostenerstattung von Dienstreisen wird aufrecht erhalten. Den einzelnen Abteilungen soll nochmals von dem Beschluß Kenntnis gegeben werden.

2)

15.) Für Kraftfahrer wird der Beschluß des Rates der Stadt vom 13.2.48 dahin abgeändert, daß dem Kraftfahrern der Pkw., wenn sie länger als 8 Stunden außerhalb des Stadtkreises Frankfurt(Oder) zu tun haben, ein Tagesspesengeld von RM 5,— zu zahlen ist. Hinzu kommt evtl. Übernachtungsgeld. Sofern dieser Betrag nicht ausreicht, muß die ganze Summe belegt werden. Die Beträge können laufend erstattet werden.

3) 16.) In den eingemeindeten Orten soll eine ausreichende Wasserversorgung durchgeführt werden. Wenn es nicht möglich ist, die Ortschaften an das Wasserrohrnetz von Frankfurt(Oder) anzuschließen, soll das Wasserwerk eine entsprechende Anzahl von Brunnen erstellen. Alle Nutznießer, die keinen eigenen Brunnen haben, sind verpflichtet, Wassergeld zu zahlen. Das Wasserwerk wird beauftragt, entsprechende Vorlage über Erstellung der Brunnen dem Rat der Stadt vorzulegen. - Die in Frankfurt(Oder) vorhandenen öffentlichen nicht benutzten Brunnen können vom Wasserwerk für diese Zwecke abgebaut werden. Das Wasserwerk soll sich mit den Bezirksvorstehern über die Einrichtung der Brunnen in Verbindung setzen.

17.) Der Vereinbarung zwischen Finanzamt und Stadtrat Schulze vom 14.1.48 betr. Benutzung des Pkw. des Herrn Schulze wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß es unter 1.) heißen soll" stellt der Stadtverwaltung für dienstliche Fahrten.....zur Verfügung."

18.) Herr Stadtrat Gorsky erstattet Bericht über seine Besprechung mit Major Starkowski. Das Hotel in der Küstriner-Str. ist bereits geschlossen. Zu der Angelegenheit Splettstößer wird Stellung genommen, sobald von der Kommandantur eine schriftliche Anordnung erfolgt.

19.) Laut Beschluß des Amtsgerichts vom 20.1.48 ist der Inhaberin des Lindenkaffees, Herta Steinbach, Frankfurt(Oder), Lindenstraße 30 die Führung des Betriebes vorläufig untersagt.
4) Der Rat der Stadt beschließt, der Herta Steinbach die Führung des Geschäftes bis zum 30.6.48 zu untersagen. Das Lokal bleibt bis zu diesem Termin geschlossen.

20.) Der Rat der Stadt stimmt dem Antrag der Abteilung Wirtschaft auf Entziehung der Gewerbeerlaubnis des Fuhrunternehmers Moar zu. Begründung: Unzuverlässigkeit im Betriebe, begründet auf dem Bericht der Abteilung Finanzen-Preisstrafstelle.

Schluß der Sitzung: 11,20 Uhr.

Oberbürgermeister

Wegener

1) Von der Entscheidung zu Pos. 2 vom 05 [illegible] Rückzuge f. d. Abt. [illegible] gefertigt worden. Begründung Pos. 17 [illegible] Kraftfahrzeug an Abt. [illegible] Kraftfahrzeugen 1) z. d. A.

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395
STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Stadtarchiv Frankfurt (Oder)
StAFF 2-121 - BA VII 395

STADTARCHIV FRANKFURT (ODER)
LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur